

# Urteil mit Signalwirkung

Messer-Unfall bei Freizeit: OLG spricht Klägerin Schadensersatzanspruch gegen Stadtjugendring zu

Von Bernd Heimerl

**Ingolstadt/München (DK)**  
Auf diese Entscheidung haben der Stadtjugendring (SJR) und auch seine Dachorganisation, der Bayerische Landesjugendring, gespannt gewartet – und sie fällt ganz und gar nicht zur Erbauung oder gar Zufriedenheit der öffentlichen Jugendarbeiter aus: Das Münchner Oberlandesgericht (OLG) hat gestern in einem weithin beachteten Zivilverfahren um die Verantwortung für einen Messer-Unfall bei einer Ingolstädter Kinderfreizeit der inzwischen jugendlichen Klägerin das Recht auf Schadensersatzansprüche zugesprochen, die über bereits erfolgte Leistungen einer Unfallversicherung und von Sozialversicherungs-trägern hinaus gehen.

Mit dem Richterspruch in diesem Berufungsverfahren ist ein früheres Urteil des Ingolstädter Landgerichts aufgehoben worden, wonach dem Jugendring und seinen Beauftragten kein Verschulden an dem folgenschweren Unfall zugeschrieben worden war (DK berichtete). Anders als die Ingolstädter Zivilkammer hat der 21. Senat des OLG nun aber sehr wohl eine grundsätzliche Verantwortung des Jugendrings und deshalb auch eine Verpflichtung zu Schadensersatz- und Schmerzensgeldleistungen erkannt.

Das OLG hat eine Revision seines Urteils beim Bundesgerichtshof (BGH) nicht zugelassen. Allenfalls eine Beschwerde gegen diese Anordnung ist noch möglich. Ob sie eingelegt wird, ist vom letztlich zuständigen Landesjugendring und seiner anwaltlichen Vertretung wohl noch zu klären.

Der strittige und gleichwohl tragische Fall, um den es hier ging, liegt bereits gut fünf Jahre zurück. In den Faschingsferien 2014 hatte ein damals neunjähriges Mädchen an einer SJR-Freizeit mit dem Titel „Abenteuer Winterwald“ teilgenommen, bei der auch ein Lagerfeuer entfacht werden sollte. Hierzu hatten einige Kinder an



**Schnitzarbeiten** dürften seit jeher zum Alltag von Kinder- und Jugendfreizeiten gehören. Auch die Münchner Richter haben gestern hervorgehoben, dass etwas ältere Kinder nach Anleitung durchaus schon der Gebrauch von Taschenmessern zugetraut werden darf. Allerdings meint das OLG, dass ein außergewöhnlicher Messereinsatz wie an einem Baumstamm zwingend besonderer Anweisung bedarf. Foto: Getty Images

Birkenstämmen die feine weiße Rindenhaut abgeschält, die sich ähnlich wie Reisig gut zum Entzünden durch Funken-schlag eignet. Alle Kinder waren vom Aufsichtspersonal angeblich angewiesen worden, mit dem Messer nur vom Körper weg zu arbeiten. Dennoch hatte sich die Neunjährige durch eine unglückliche Bewegung mit der Messerspitze ins rechte Auge gestochen, das durch eine Hornhaut-, Iris- und Linsenverletzung dauerhaft geschädigt worden war.

Trotz mehrfacher medizini-

scher Eingriffe dürfte die inzwischen 14-Jährige lebenslang sehbehindert bleiben. Ihrer Familie war es in dem Rechtsstreit darum gegangen, für etwaige noch auftretende spätere Belastungen einen Verantwortlichen benennen zu können.

Der mit drei Berufsrichterinnen besetzte OLG-Senat hat nach Mitteilung einer Gerichtssprecherin keinesfalls den Gebrauch von Taschenmessern bei Kinderfreizeiten grundsätzlich infrage gestellt. Es sei zwar, so wird auf die mündliche Urteilsbegründung Bezug ge-

nommen, „zugunsten von Kindern ein strenger Sicherheitsmaßstab anzulegen“, es sei andererseits aber auch „ein vollständiges Maß an Sicherheit nicht erreichbar“. Kindern im Alter von sieben bis acht Jahren sei „ein gewisses Maß an Selbstständigkeit“ zuzutrauen, sie müssten sicher nicht „auf Schritt und Tritt überwacht“ werden. Weiter heißt es in der Mitteilung: „Der Senat hält es deshalb auch nicht von vornherein für pflichtwidrig, Kindern im Alter von sieben bis zwölf Jahren im Rahmen einer Frei-

zeit ein Schnitzmesser in die Hand zu geben.“

Andererseits aber muss laut OLG im konkreten Fall gesehen werden, dass nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme offenbar eine Belehrung der Kinder (oder doch zumindest des geschädigten Mädchens) zur Handhabung eines Messers beim Schälen von Baumrinde nicht stattgefunden hatte. Vielmehr haben sich die Sicherheitsbelehrungen nach Auffassung des Gerichts auf das Auf- und Zuklappen des Messers und auf den Gebrauch beim Schnitzen beschränkt. Hier wird also in einem speziellen Detail eine Pflichtverletzung des Aufsichtspersonals und damit eine Verantwortung des Jugendrings als Veranstalter der Freizeit erkannt.

Der SJR hatte sich in dem Verfahren schon früh der Rückendeckung durch den Landesjugendring versichert. Die Dachorganisation sieht hier genau wie der örtliche Jugendring die grundsätzliche Frage nach dem Ausmaß von Aufsichtsleistungen aufgeworfen und hätte deshalb gerne – die nun fragliche – letzte Klärung durch den Bundesgerichtshof gehabt.

SJR-Geschäftsführer Stefan Moser, der am gestrigen Termin in München nicht teilgenommen hat, sich aber anschließend vom Anwalt und von einer Sprecherin des Landesjugendrings über den Ausgang informieren ließ, sprach gestern von einem so nicht unbedingt erwarteten Urteil. Er habe die Chancen zuvor bei 50 zu 50 gesehen, wolle aber nun erst einmal die schriftliche Urteilsbegründung abwarten.

Nach allem, was er gestern aus zweiter Hand erfahren habe, so Moser, sei die Vorsitzende Richterin in der mündlichen Urteilsbegründung nicht auf die für den SJR entscheidende Frage eingegangen: „Wo sind die Grenzen der Aufsichtspflicht?“ Die Jugendorganisationen erhofften sich hier „qualitative Aussagen“, da von dem Urteil sicher Signalwirkung für weitere Freizeitveranstaltungen zu erwarten sei.